



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/189

16. August 1950

Hinweise auf den Inhalt:

Am Rande von Strassburg - Glossierender Bericht-	S.1
Dänemark wählt am 5. September	
- Bericht aus Kopenhagen-	S.4
Herrn Hedlers "Protoktorat"	S.5
Erpressung von Staats wegen	S.6

Am Rande von Straßburg

Europarat als Churchill-Kulisse - Die Weisheit der Großen
Das Gespenst des starken Mannes

Seine einzigartige Lebensleistung, der Glanz, der von ihm als Redner ausgeht und seine sprühende Vitalität trotz patriarchalischem Alter würden Winston Churchill in der erlesensten internationalen Versammlung höchsten Respekt und einen Ehrenplatz sichern, auch wenn er etwas sparsamer im Gebrauch seiner Ellenbogen und etwas zurückhaltender in dem Bemühen wäre, jederzeit die Szene zu beherrschen. Gewiss, man macht es ihm leicht und das ist nicht seine Schuld. Aber es ist fast schon eine Frage von Geschmack und Takt, wie weit sich jemand in eine Atmosphäre ständiger Heldenverehrung drängen lässt und wie deutlich er seine Zufriedenheit damit zu erkennen gibt.

Churchill ist Englands grosser alter Mann, aber er ist zur Zeit nicht Minister. Der erfolgreiche Kriegspremier wird aus Tradition und wegen der suggestiven Wirkung seiner Persönlichkeit (vor allem international) überbewertet. Noch ist nicht sicher, ob die Empfehlung der Beratenden Versammlung vom Straßburger Ministerrat an die Einzelregierungen weitergegeben wird - von deren Haltung ganz abgesehen. Das braucht nicht gegen die Richtigkeit der Churchillschen These zu sprechen - aber sicher

wird ihr praktischer Wert dadurch entscheidend eingeschränkt. Sehr nüchtern bemerkte der Norweger Finn Moe: Alles was Westeuropa braucht, könne, fussend nur auf den gegebenen Voraussetzungen - Atlantikpakt, Brüsseler Vertrag und OEEC - erreicht werden - wenn man wirklich wolle. Nicht neue Forderungen, verkündet mit der Lautstärke eines Fanfarenstosses, sind das Wesentliche, sondern der eine kleine, aber entscheidende Schritt zur Verwirklichung einer gegebenen Möglichkeit. Der ist aber besonders schwierig und meist das Ergebnis eines sehr nüchternen Entschlusses in der Stille. Der Kriegspremier Churchill hat ihn oft genug vorbildlich getan. Heute scheint das etwas selbstgefällige grosse Pathos dem Akteur auf der internationalen Friedensbühne näher zu liegen.

+ + +

Die beratende Versammlung des Europarates ist eine ernste Gesellschaft, die ernste Probleme diskutiert, auch wenn sie nichts zu sagen, d.h. zu bestimmen hat. Gerade darüber haben sich ihre Mitglieder immer wieder beschwert. Hoch über ihr thront der Ministerrat - die Versammlung der Aussenminister selbständiger Staaten.

Niemand weiss also auch von einem Lachen oder nur einem Lächeln zu berichten, als die deutschen Delegierten unter Druck gesetzt wurden, in der Frage der Wiederbewaffnung doch etwas entgegenkommender zu sein. Die Deutschen hätten "mit verschlossenen Gesichtern" dagesessen und einer der Gutzuredner habe ihnen mangelnden Sinn für Realitäten vorgeworfen. - O quae mutatio rerum! Jahrelang haben die deutschen Stellen um einige Schrotflinten gegen die überhandnehmende Wildplage gekämpft, musste jeder alte, abgetragene grüne Soldatenmantel unmilitärisch umgefärbt werden, sollte der von Ewigkeit zu Ewigkeit militaristisch verseuchte Deutsche seinem Erzlaster des Soldatenspiels abschwören, wurden die letzten Reste militärischer Vergangenheit vernichtet, gesprengt, demonstriert. Nun die Deutschen zu der Zumutung der Remilitarisierung höflich, aber doch einigermaßen bestimmt Nein sagen, nennt man sie unvernünftig und unrealistisch.

Wieviel mehr Grund hätten die Deutschen gehabt, die westlichen Alliierten so zu nennen, als diese noch Jahre nach dem Tode Roosevelts, dieses unverbesserlichen Freundes des "guten alten Joe Stalin" an seiner Illusion festhielten, jener sei ein "feiner Junge". Der schnelle, jähe Wandel in der Vorstellung dessen, wo die tödliche Gefahr liegt, ist ein neuer überzeugender Beweis dafür, wie anfechtbar und vergänglich die

Überzeugungen und Thesen gerade auch der Großen dieser Erde und wie eng gezogen die Grenzen ihrer Weisheit sind. Dass mit solchem Hinweis auf die Vergangenheit, der einmal notwendig erschien, das Problem der gegenwärtigen und künftigen Sicherheit Westdeutschlands nicht direkt angesprochen wird, ist eine Sache für sich.

+ + +

Volle Übereinstimmung besteht in Straßburg darüber, dass Paul Henry Spaak mit ebensoviel Energie wie Geschick die oft recht schwierige Verhandlungsführung meistert. Es kommt ihm auch gelegentlich nicht darauf an, wenn er es für richtig hält, einmal Winston Churchill das Wort zu versagen. Man merkt, dass er sich im Laufe der letzten Jahre eine ungewöhnliche Erfahrung im politischen Umgang auf der höchsten internationalen Ebene erworben hat.

Dieser Paul Henry Spaak hat nun aus seiner intimen Kenntnis der Zusammenhänge und der Weite seines politischen Überblickes den Ruf nach dem "starken Mann" laut werden lassen - "ein Mann allererster Ordnung, mit grosser Erfahrung, grosser Autorität und grosser Energie". Und er hat hinzugefügt: "Wenn wir nicht so entsetzliche Angst vor allem hätten, was neu oder sogar vielleicht etwas revolutionär erscheint, so würde ich sagen, dass der Atlantik-Pakt einen gemeinsamen Verteidigungsminister braucht".

Bei dem Wort vom "starken Mann" wird ein Gruseln über den Rücken vieler zuverlässiger und braver Demokraten laufen und in Erinnerung an böse Zeiten werden sie die beliebte Beschwörungsformel aller Vorsichtigen vor sich hinhurmeln: *principis obsta* - Wehret den Anfängen! Es ist aber sehr die Frage, ob durch dieses Rezept mehr Unheil verhütet als angerichtet wurde. Einen Anfang nur zu unterlassen, weil er ein Risiko in sich schliesst, ist bequem. Vernünftiger und richtiger, aber auch unbequemer ist es, den Anfang zu wagen, aber an der richtigen Stelle halt zu machen. So denkt offenbar auch Paul Henry Spaak und wer wollte bestreiten, dass er klug und energisch zugleich ist? Viele verzeihen ihm deshalb sogar, dass er Sozialist ist.

- - -

Vor neuen Reichstagswahlen in Dänemark.

Von unserem skandinavischen Korrespondenten

K.V. Bereits seit einiger Zeit war es fraglich, ob die sozialdemokratische Minderheitsregierung in Dänemark den kommenden Reichstagssturm überstehen werde. Die vor längerer Zeit erfolgte Herabsetzung der dänischen Krone hatte nicht den erwünschten Ausgleich zwischen Export und Import zustande gebracht, so dass sich die Hedtoftregierung genötigt sah, neue Import-Regulierungen und Steuererhöhungen vorzuschlagen. Die internationalen Ereignisse hatten es überdies notwendig gemacht, die Verteidigungsmassnahmen des Landes zu stärken. Der Vorschlag der Regierung in dieser Frage lief darauf hinaus, eine progressive Wehrsteuer auf Einkommen von über 10.000 dänischen Kronen im Jahr und auf Vermögen von mehr als 50.000 Kronen zu erheben, um die zusätzlichen 300 Mill. Kronen für die verstärkte Verteidigungsbereitschaft des Landes aufbringen zu können.

In den Reichstagsverhandlungen, die am 8. August begannen und die sich in der Hauptsache mit den Deckungsfragen für die zusätzlichen 300 Mill. Kronen beschäftigten, traten die schärfsten Gegensätze zutage. Der konservative Teil des dänischen Reichstags wünschte eine Entlastung der vermögenden Teile der Bevölkerung, auch die minderbemittelten Kreise der Bevölkerung sollten zur Deckung der neuen Verteidigungsausgaben herangezogen werden. Da die sozialdemokratische Minderheitsregierung auf ihren Vorschlägen weder bei den Konservativen, noch bei den Sozialdemokraten Gehör fand, entschloss sich die Regierung am 9. August, zu demissionieren und Reichstagswahlen ausschreiben zu lassen. Sie führt während des Wahlkampfes die Regierungsgeschäfte weiter.

Da Winston Churchill am Sonntag, dem 12. September zu einem mehrtägigen offiziellen Besuch nach Kopenhagen kommt, hat die Regierung den Wahltag auf Sonntag, d. 5. September angesetzt. Auch die allgemeine politische Weltlage liess es der Regierung ratsam erscheinen, einen möglichst kurzen Wahlkampf zu führen.

Wenn man von den Kommunisten absieht, wird der Wahlkampf einen innenpolitischen Charakter tragen. Es besteht Einigkeit darüber, dass die Verteidigungsbereitschaft des Landes verstärkt werden muss, und dass auch Massnahmen zu treffen sind, die einen Ausgleich zwischen Export und Import zustande bringen. Beim Wahlkampf und bei der Wahl wird deshalb die Frage der Lastenverteilung für die kommenden Steuern die entscheidende Rolle spielen.

Über den Ausgang der Wahlen lässt sich noch wenig sagen. Die nach

den Reichstagswahlen 1947 stattgefundenen Kommunalwahlen hatten ein Ansteigen der konservativen Stimmen auf Kosten der anderen konservativen Partei, Venstre, mit sich gebracht. Die Kommunisten hatten aussergewöhnlich viele Stimmen verloren, während die kleinste Partei, Retsforbundet, einen fast sensationellen Aufstieg erlebt hatte.

Das Ziel der dänischen Sozialdemokratie ist, zusammen mit den Radikalen (Demokraten) eine Mehrheit im Reichstag zu erzielen und dadurch eine stabile Regierung möglich zu machen. Diese beiden Parteien haben lange Jahre vor dem Kriege unter Leitung des Sozialdemokraten Stauning die Geschicke des Landes geleitet. Nach dem Kriege ging diese Mehrheit verloren. Ob sie diesmal erreicht werden kann, ist die entscheidende Frage, auf die das Wahleresultat am 5. September Antwort geben wird.

+

Die sozialdemokratische Minderheitsregierung Dänemarks hat eine Lebensdauer von zwei Jahren und neun Monaten gehabt. Die letzten Reichstagswahlen fanden am 28. Oktober 1947 statt. Damals erhielten der Grösse nach von den abgegebenen Stimmen die Sozialdemokraten 39,9 Prozent, Venstre (konservative Bauernpartei) 25,3 Prozent, die Konservativen 12,6 Prozent, Radikal Venstre (demokratische Partei) 6,8 Prozent, die Kommunisten 6,7 Prozent und die Partei des Rechts (Retsforbundet) 4,5 Prozent.

Herrn Hedlers "Protectorat"

sp. Noblesse oblige - auf deutsch: der Name Hedler verpflichtet. Wenn auch nicht immer im positiven Sinn. Aber, dass man nach Neumünster, nach dem Freispruch, das Feuer schüren müsse, das war auch Herrn Wolfgang Hedler klar. Da Sensationsprozesse in absehbarer Zeit nicht zu erwarten waren, denn man war ja inzwischen Antisemit geworden, borgte Herr Hedler seinen gerichtlich geläuterten Namen einem anderen Unternehmen, genannt "Ostland-Lager". Das war ein Kinder-Ferienlager, aufgebaut in Karlsmünde bei Eckernförde, durchgeführt von der Deutschen Reichspartei unter dem Protectorat von Herrn Wolfgang Hedler. "Ostland" deshalb, weil man sich im Lande der Vertriebenen verpflichtet fühlte, auch etwas für die Flüchtlinge zu tun.

Den Behörden genügte nicht, was unter der Schirmherrschaft Hedlers der Jugend geboten wurde, die sich in dieses Lager locken liess. Untersuchungen ergaben die Mißachtung primitivster sanitärer und hygienischer Vorschriften und mit der Verpflegung war es auch nicht weit her. Dem Lagerleiter wurde eine Frist zur Abschaffung der Mängel gestellt. Lagerleiter Burmeister schwitzte, nicht nur wegen der Hitze. Aber schliesslich

half er sich, indem er in verschiedenen Geschäften in Eckernförde für rund 10.000 DM aufschreiben liess, um so das Lager zwar nicht schuldenfrei, aber frei von Schuld zu bringen. Zwecks Beschaffung von Geld fuhr er nach Bonn zur "Reichsleitung" der DRP. Inzwischen war die Kriminalpolizei auf diese Dinge gestossen und aufgrund ihrer Ermittlungen löste die Kreisbehörde das Lager auf. Die im Lager befindlichen Kinder wurden auf Kosten der Kreisbehörde und des Landesjugendpflegeamtes nach Hause gebracht:

Es ist zur Zeit noch unbekannt, welchen Erfolg Lagerleiter Bürgermeister in Bonn gehabt hat. 10.000 DM sind sicherlich auch für die DRP kein Pappentitel. Aber immerhin, Herr Hedler hat sein "Protectorat" gehabt. Das Ende entspricht ungefähr dem "Wahl-"Erfolg" der DRP bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein.

- - -

Erpressung von Staats wegen

sp. Die letzten Massnahmen der Ostzonenmachthaber gegen den Rest noch existierender Privatunternehmen haben, wie zuverlässig bekannt wird, auf dem Gebiet des ungesetzlichen Steuerzwanges ein derartiges Ausmass angenommen, dass eine grosse Anzahl von Wirtschaftsprüfern und Steuerberatern in die Bundesrepublik geflüchtet sind. Nach den neuesten Anordnungen werden Steuern nicht mehr von den Zahlenden veranlagt, sondern vom Finanzamt direkt auferlegt. Allein im Raum von Leipzig haben darauf über 170 Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, die sich weiter an die gesetzlichen Richtlinien hielten, Berufsverbot erhalten. Etwa fünfzig davon haben die Flucht in den Westen der Verhaftung vorgezogen.

Ergänzend dazu erfahren wir, dass den überbelasteten Steuer-schuldnern "empfohlen" wird, die ausstehenden Beträge in Aue abzuarbeiten. Für einen Tag Haft sollen durchschnittlich 50 Ostmark berechnet werden.

- - -